

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meck'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 97.

Neuenbürg, Montag den 28. April 1919.

77. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 26. April. Der Landesversammlung ist ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher 500000 M. für die Deckung der Kosten der Wahlen für die verfassungsgebende württ. Landesversammlung und die deutsche Nationalversammlung vorsieht. Laut Ministerialverordnung vom 11. Dezember 1918 waren die Kosten der örtlichen Vorbereitung und Durchführung des Wahlgeschäfts für die württ. Landesversammlung einschließlich der Uebermittlung des Wahlergebnisses an die Oberämter von den Gemeinden, alle anderen amtlichen Wahlkosten von der Staatskasse zu tragen. Nach dem Reichswahlgesetz vom 30. November 1918 sollen dagegen nur die Kosten für die Vorbrücke zu den Wahlprotokollen und für die Ermittlung des Wahlergebnisses für die Nationalversammlung von den Bundesstaaten, alle übrigen Kosten des Wahlverfahrens von den Gemeinden zu tragen sein. Die provisorische Regierung hatte jedoch beschlossen, ebenso wie für die Landesversammlung, auch für die Wahlen zur Nationalversammlung Stimmzettel auf Kosten des Staates anzufertigen und allen Wählern zustellen zu lassen, wozu dann noch die Kosten für die Wahlkommissionen usw. kommen. Für beide Wahlen zusammen sind dadurch rund 500000 M. Kosten für den Staat erwachsen.

Karlsruhe, 26. April. Die badische Regierung erläßt heute einen neuen Aufruf an die Bürger zum Eintritt in das zu errichtende badische Reserve-Miliz-Bataillon mit dem Hinweis darauf, daß noch immer mit Unruhen gerechnet werden müsse, und daß die extremen Elemente den gewaltsamen Sturz der gegenwärtigen Regierung und die Beseitigung der bestehenden Staatsordnung anstrebten. Im Anschluß an jedes badische Freiwilligenkorps, von denen es bisher sechs gibt, wird ein Reserve-Miliz-Bataillon aufgestellt, das aus 3-6 Infanterie-Kompagnien und aus einer Maschinengewehrkompanie besteht.

Freiburg, 25. April. Der Präsident der Nationalversammlung, Fehrenbach, erklärte in einer Rede, die Nationalversammlung werde einen Frieden ohne Rückgabe der Gelangenen, Aufhebung der Blockade, Erhaltung des Saargebietes und Danzigs nicht unterzeichnen.

Mannheim, 25. April. Als Protest gegen das Vorgehen gegen die Münchener Räterepublik fand am Donnerstag eine Protestversammlung der Unabhängigen und Kommunisten statt, der etwa 4000 Personen anwohnten. Die Redner forderten sofortige Auflösung der Freikorps, Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, Ausrufung der Räterepublik als einziges Rettungsmittel.

Berlin, 26. April. General Haller weilt am Ostermontag in Krottschin. Er gab einem Korrespondenten der „Dziennik Powsnanski“ folgende Erklärungen: „Für uns gibt es auf der Friedenskonferenz nur einen Standpunkt: Danzig gehört Polen und muß polnisch werden. Was Schlesien, West- und Ostpreußen anbelangt, so wüßte man diesen Teilgebieten zu Hilfe kommen. Wenn diese Länder den gleichen Status erlangt haben, wie jetzt Polen, dann würde diese Frage erst gelöst sein.“

Berlin, 25. April. Nachdem die Bemühungen der Groß-Berliner Bezirksorganisationen der alten sozialdemokratischen Partei, eine gemeinsame Märschfeier zu veranstalten, an dem Widerstand der Unabhängigen gescheitert sind, wird jede der beiden sozialdemokratischen Parteien gesonderte Feiern veranstalten. Da für den 1. Mai der Belagerungsstand nicht aufgehoben wird, bleiben Demonstrationen nach wie vor verboten. — Die schleswig-holsteinischen Abgeordneten der Nationalversammlung und preussischen Landesversammlung haben in einer einstimmigen Entschließung ein Bekenntnis zur deutschen Republik ausgesprochen. — Aus Kattowitz geht die Nachricht zu, daß der Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte den Arbeiter- und Beamtenausschüssen mitgeteilt habe, sie sollten die Schließung des Betriebs bis zum 30. d. M. vorbereiten. Das bedeutet das Ende einer der größten deutschen Industrie-Anlagen!

Gleiwitz, 26. April. Bei einem Zusammenstoß zwischen einer Volkswache, die sich gestern vor einem Konfektionsgeschäft zusammengedrängt hatte und Patrouillen der Volkswache wurden ein Mann getötet und zwei verwundet. Gegen Abend wiederholten sich die Zusammenrottungen und Schießereien an verschiedenen Stellen der Stadt. Wie verlautet, sind hierbei wiederum sieben Personen getötet und mehrere teils schwer und teils weniger schwer verletzt worden. Der verschärfte Belagerungsstand wurde über Gleiwitz verhängt.

Württembergische Landesversammlung.

Stuttgart, 25. April. Die heutige Vormittagsitzung währte knapp eine Viertelstunde. Da man möglichst bald in die dritte Lesung des Verfassungsgesetzes eintreten und die

einzelnen Fraktionen noch vorher Besprechungen abhalten wollten, so schlug Präsident Reil vor, Punkt 4 und 5 (1. Nachtrag zum Finanzgesetz 1918, Eintritt Württembergs in die Reichsbiersteuergemeinschaft) von der Tagesordnung abzusehen. Der Vorschlag wurde angenommen, nachdem einige Anträge an die Regierung rasch erledigt worden waren, so die Anfrage der Abg. Zetlin (U. S. P.) und Gen. an den Ministerpräsidenten wegen der Schließung der Sparta- und Degerloch; namens des Staatspräsidenten erklärte Arbeitsminister Schlichte, daß die Regierung bereit ist, die Anfrage zu beantworten, sich aber die Bestimmung des Zeitpunkts wegen der Beantwortung vorbehält. Der Abg. Barnholt (D. d. P.), der an den Arbeitsminister eine Anfrage wegen Weggelber und staatlicher Gebührenordnung für Ärzte gerichtet hatte, gab sich mit einer schriftlichen Beantwortung der Anfrage zufrieden. Die Anfrage der Abg. Herrmann und Gen. (D. d. P.) wegen Verwertung der Gerbrinde im Jahre 1919 erklärte der Arbeitsminister baldmöglichst zu beantworten. Die Beratungen wurden bis auf nachmittags 1/4 Uhr vertagt. (Z. D.: Verfassungsgesetz.)

Die Nachmittagsitzung galt der 3. Lesung des Verfassungsgesetzes. Ein Antrag Bazille (S. P.), in die Verfassungsurkunde eine Bestimmung aufzunehmen, wonach die Regierung gegen die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit durch Mißbrauch der Kunst und Wissenschaft Maßnahmen treffen sollte, wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Bürgerpartei abgelehnt, mit den gleichen Stimmen abgelehnt ein Antrag Bazille, der bei Enteignung volle Entschädigung verlangt. Eine Weiterberatung über die Sozialversicherungsfrage wurde auf die morgige Sitzung verschoben. Ein Zentrumsantrag über Aufhebung des staatlichen Patronatsrechts und über die Regelung der bisherigen Patronatsrechte durch die Kirchen wurde mit allen gegen die Stimmen der U. S. P. angenommen. Nach einem von allen Parteien angenommenen Antrag dürfen Gemeinden und Amtskörperschaften vom Staat nur durch Gesetz Rechte entzogen oder neue Pflichten und Lasten auferlegt werden. Ein lebhaftes Redegefecht entwickelte sich bei der Frage über die Einführung des parlamentarischen Systems bzw. über die Abschaffung des Zweikammersystems, wogegen die Bürgerpartei schwere Bedenken erhob. Der Abg. v. Mülberger (D. d. P.) wollte in die Verfassung eine Bestimmung aufgenommen wissen, die der Stellung des Staatspräsidenten eine größere Selbstständigkeit verleiht, sah aber von einem Antrag ab. Dann fand eine Resolution gegen die bürgerparteilichen Stimmen Annahme, die für alsbaldige Schaffung eines Landeswirtschaftsrats eintritt. Einen warmen Befürworter ihrer Interessen fand die Beamtenschaft in der Bürgerpartei, worüber sich eine eingehende Debatte entspann. Schließlich fand ein Antrag Gröber (Z.) — Dieder D. d. P. — Fischer (Soz.) folgenden Inhalts Annahme: „Die durch Anstellung erworbenen Rechte der Beamten können diesen nur durch ein Gesetz entzogen werden, zu dem eine zwei Drittelmehrheit erforderlich ist.“ Dagegen wurden die Anträge Bazille über die Ausschreibung von erledigten Beamtstellen zur Vorerhebung und über die Beförderung von Staatsbeamten nach Fähigkeit und Kenntnissen der Beamten abgelehnt, letzterer gegen 21 Stimmen der S. P. Auf der Tagesordnung der Samstags-Sitzung stehen: Anfrage Wienand wegen den russischen Gelangenen in Ulm, Verfassungsgesetz, Reichsbiersteuergemeinschaft und ein Nachtrag zum Finanzgesetz.

Die Lage in Bayern.

Stuttgart, 26. April. Die Freiwilligen-Abteilung Haas veröffentlicht folgende Mitteilung: Teile der württembergischen Freiwilligen-Abteilung Haas stehen in Bayern im Kampf.

Bamberg, 26. April. Die Regierung Hoffmann teilt mit, daß der Justrom Freiwilliger zu den bayerischen Regierungstruppen sehr stark ist, was natürlich auf die außerordentlich günstigen Bedingungen — der gewöhnliche Mann erhält 25 Mark Tagegeld — zurückzuführen werden muß.

Bamberg, 26. April. Die Lage der Regierung ist sehr schwierig, weil sie sich Nürnbergs nicht mehr sicher zu sein glaubt. Man eskalriert, daß die Nürnberger Sparta-Listen am 1. Mai die Räterepublik ausrufen werden.

Berlin, 26. April. Die bayerische Regierung Hoffmann hat sich an die Reichsregierung um die Entsendung weiterer Reichstruppen nach Bayern gewendet. Wie verlautet, wird eine ganze Division nach Bayern abgehen, um an den bevorstehenden Entscheidungskämpfen um München teilzunehmen.

Ausland.

Wien, 26. April. Nach Blättermeldungen ist die von Jussl in Tirol abgegangene englische Besatzungstruppe in

Stärke von 1000 Mann für Ägypten zur Niederwerfung der Aufstandsbewegung bestimmt.

Haag, 26. April. Die Finanzverhandlungen Deutschlands mit den Neutralen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. Die niederländischen Finanzleute sehen in einer sogenannten Kreditanleihe von etwa einer Milliarde Mark, die Mark zu 60 Cents gerechnet, den einzigen Weg, aus den Schwierigkeiten herauszukommen, die die Folgen des Kapital- und Kreditmangels in Deutschland seien.

Amsterdam, 26. April. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Telegr. Union erklärte Kamraj Rochonald, der englische Delegierte zur Amsterdamer Sozialistischen Konferenz: „Paris wird in kurzer Zeit die Friedensbedingungen der Alliierten bekannt geben. Wir werden unsere Meinung äußern, insbesondere über die territorialen Fragen und die Unabhängigkeit der Nationalitäten. Wir erwarten, daß die Bedingungen von Paris den Frieden nicht für lange Zeit verbürgen werden.“

Lugano, 26. April. Es bestätigt sich, daß sich auch innerhalb der italienischen Armee und des Offizierskorps starke revolutionäre Strömungen bemerkbar machen. Ueber 10000 Mann der Mailänder Garnison mit ihren Offizieren an der Spitze erklärten, demnächst mit den Sozialrevolutionären gemeinsame Sache machen zu wollen. Sie fordern einen sofortigen Verhandlungsfrieden, Abhebung des Königs und Ausrufung der sozialistischen Republik. Infolge der Verschärfung der Lage in Norditalien reiste der italienische Kriegsminister erneut nach Mailand ab.

Paris, 26. April. Die Stadt Paris bereitet sich für die demnächst stattfindende Feier des Sieges vor und die Künstlervereinigung hat bereits die Pläne für die Ausschmückung der Straßen ausgearbeitet. — In Bezug auf das Saarbrücken teilen die französischen Zeitungen mit, daß Frankreich das Recht beanspruche, französische und andere ausländische Arbeiter in den Saarbergwerken zu beschäftigen.

London, 25. April. Die Blätter bezeichnen als die größten Lager der Geschichte die von den Deutschen in Belgien zurückgelassenen ungeheuren Lager der technischen und der Kriegsvorräte, deren Wert auf 250 Millionen Pfund Sterling (nach altem Kurs 5 Milliarden Mark) geschätzt wird. Nach dem Gesetz würden die Vorräte der britischen Regierung zufallen. Diese hat aber verfügt, daß alle Waren, deren Besitzer nachgewiesen werden kann, an den rechtmäßigen Besitzer ausgeliefert werden sollen. Trotzdem würden Werte von mehr als 100 Millionen Pfund Sterling zurückbleiben, die öffentlich zu Gunsten der britischen Staatskasse versteigert werden. — „Morning Post“ meldet: Italien hat vor der Abreise Orlando's dem Friedensvertrag mit Deutschland vollständig zugestimmt.

Moskau, 26. April. Kiew ist von den ukrainischen Truppen den Bolschewisten entreißten worden. Der Aufstand gegen die Bolschewisten in der Ukraine dehnt sich aus.

Die Uneinigheiten zwischen den Alliierten.

Lugano, 26. April. In allen Großstädten Italiens fanden bedeutungsvolle Kundgebungen statt, bei denen „Nieder mit Wilson“ und „Hoch Fiume“ gerufen wurde.

Rom, 26. April. Der „Perseveranza“ zufolge hat der amerikanische Gesandte am Quirinal seine Demission eingereicht. Die Rücktrittserklärung erfolgte, weil er wie „Italia“ meldet, den Standpunkt des Präsidenten Wilson mißbilligt.

Zürich, 26. April. In Pariser Blättern heißt es, daß Präsident Wilson die gleiche Politik, die er gegen Italien verfolgte, auch gegen Japan gebrauchen werde. Die bürgerlichen Blätter sind alle für Italien und gegen Wilson.

Paris, 26. April. Auch der italienische Minister des Auswärtigen, Sonnino, hat heute Paris verlassen, um nach Rom abzureisen.

Paris, 26. April. Der Vorsitzende des amerikanischen Senatsausschusses des Auswärtigen beklammerte die den Präsidenten Wilson zu seiner Stellungnahme in der Fiumefrage, die die Unterstützung des amerikanischen Kongresses findet.

Yokohama, 26. April. Nach einer Meldung des „Progress de Yvon“ treffen die Japaner, die sich in der Frage von Kwantung ebenfalls unversöhnlich wie die Italiener in der Frage von Fiume zeigen, alle Vorbereitungen für ihre Abreise. Ihre Delegierten vertreten den Standpunkt, die Japaner seien in Kwantung mit dem Rechte der Eroberer und Gedächtnis dort zu bleiben, solange man sie dort nicht vertreibt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 27. April. Eine stark besuchte Versammlung der Deutschen demokratischen Partei, Frauen und Männer, nahm gestern abend in der Schu-

Anzeigenpreis:

die einseitige Postzeit oder deren Raum 18 G. außerhalb des Bezirkes 20 G. bei Auslandsverteilung durch die Geschäftsstelle 30 G. extra. Reklame-Preis 50 G. Bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der im Falle des Mahnerfahrens hinfällig wird.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vorm. Fernsprecher Nr. 4. für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

ung
Bibbda.
ing
1919,
ürg.
von 1918,
den Aus-
und Post
werden.)
2. Juni
und Be-
lung.
Mitglieder
bermeister.
erg.
Uhr.
en, Be-
abern
a.
l. 2300
asse.
e!
rindert,
indert und
verlangt
kunft vor
ele,
B. 15.
eine
flage
hine
um mit
Zei-
nt. Wa-
ie
nelder-
ainen
will,
firma
rster
rtloger.
la. —
in Jah-
en. /
dieses
Dauhal-
in
erkehr
Nach
alskop-
infach-
ten Ne-
t neues
Preisab-
zwarten.
mit
Süßst.
e zur Ho-
chen Haar
20.—
14.—
7.—
off: 14.—
10.—
5.—
ra u. Red-
ge Wer-
verbränd-
le,
usse 104
kau engl



moderischen Wirtschaft Stellung zur bevorstehenden Gemeinderatswahl. Der 1. Vorsitzende, Oberamtspfleger Kähler, zeichnete nach Worten der Begrüßung in längerer Ansprache ein Bild unserer durch den Krieg, die Revolution und den nun bald sechsmonatlichen unerhört schmachvollen Waffenstillstand verursachten politischen und wirtschaftlichen Lage, die durch die innere Zerissenheit, durch Preistreiberien, Straß, Aufruhr, Mord und Raub eine weitere Verschlimmerung erfahre und den so dringend im Interesse unserer Lebensmittelförderung und unserer Volkswirtschaft nötigen Aufbau nicht nur erschwere und verzögere, sondern geradezu unmöglich mache. Bessere Zustände wären nur zu erhoffen, wenn wir in Bälde einen erträglichen Frieden bekämen. Aber bei der großen Masse des vielfach irregulierten deutschen Volkes selbst müsse zuerst die Einsicht und die innere Einkehr kommen; es muß sich auf sich selbst besinnen, daß es auf dieser abschüssigen Bahn nicht mehr weiter gehen kann. Man könne begreifen, wenn die Wogen der Novemberrevolution sich nicht so rasch glätten, die Gegenstände nicht so rasch sich ausgleichen; denn die Schwierigkeiten seien zu groß; es sei ein Kampf um Weltanschauungen, der ausgetragen werden muß. Die Geschichte früherer Revolutionen zeige, daß solche Kämpfe sich Jahre lang hinziehen können. Solche Volksempörungen schießen oft weit über das Ziel hinaus, und da sei es hauptsächlich die Sozialdemokratie, die nunmehr am eigenen Leib verspüre, welche Früchte ihre einseitige, nur auf Materielle gerichtete Agitation zeitige. Sie habe bei den Arbeitern Hoffnungen erweckt, ihnen Ideen in die Köpfe sozusagen hineingehämmert, die Utopien sind, weil sie sich nicht verwirklichen lassen. Der Begriff Sozialisieren sei von den Hauptmassen der Arbeiter mißverstanden worden. So habe der Gang der Dinge vielen Enttäuschungen gebracht und werde noch mehr bringen, bis sich die Einsicht namentlich in Arbeiterkreisen durchgerungen habe, daß es so nicht weiter gehen könne. Die Einsichtigen in der Arbeiterschaft fangen schon heute an daran zu zweifeln, ob es Flug von ihren Führern war, sie für ihre speziellen Ziele so einzunehmen. Es bleibe zu wünschen, daß diese Einsicht in immer weiteren Kreise des arbeitenden deutschen Volkes bringe und daß sie sich mehr als Glieder des großen Ganzen fühlen. Den politischen Parteien erwache nunmehr eine schwere Aufgabe: Die Förderung des Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft. Dazu sei erforderlich die kräftige Unterstützung aller Kreise. Deshalb herein in die politischen Organisationen, nur im Zusammenschluß könne man Großes vollbringen! Erstreblich wäre es, wenn die vielseitigen Verbindungen zwischen Arbeiter und Bürger mehr in den Vordergrund träten, wenn man sich darauf besinnen würde, daß man aufeinander angewiesen sei.

Die Deutsche demokratische Partei halte die Mitte zwischen Sozialdemokratie und den rechtsstehenden Parteien Bürgerpartei, Deutschnational und Zentrum. Durch ihre programmatisch festgelegte liberale und freiheitliche Gesinnung dürfe sie das Recht beanspruchen, daß sie an der Spitze des bürgerlichen Fortschritts marschiert. In der Folge kennzeichnet Redner die Grenzlinien zwischen Deutsch-demokratischer Partei einerseits und den links- und rechtsstehenden Parteien andererseits, wofür er die in der Dienstag-Versammlung der Württ. Bürgerpartei erhobenen Vorwürfe und Beschuldigungen, die Deutsche demokratische Partei habe kein rechtes Programm, zurückweist. Sie habe sogar ein sehr gutes Programm, das in Anpassung an die durch die politische Umwälzung geschaffene Lage festgelegt worden sei, wie dies bei den anderen politischen Parteien auch der Fall war. Die Rede Konrad Haushmanns in der Württ. Landesversammlung über Kirche und Staat, die zustimmende Haltung der Partei betr. Beibehaltung des Religionsunterrichts in der Schule seien schlagende Beweise dafür, daß die Vorwürfe der Württ. Bürgerpartei gegen die Deutsche demokratische Partei zu Unrecht erhoben werden. Wie gerade die Deutsche demokratische Partei für alle arbeitenden Berufsstände einträte, zeige die großzügige Rede Haushmanns bei Beratung der Verfassung in der Württ. Landesversammlung und sein Antrag, auf den sich alle Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen einigten. Dieser Antrag lautete: „Die Arbeitskraft der Arbeiter und Angestellten ist gegen Ausbeutung und Gefährdung sicher zu stellen; der Klein- und Mittelgrundbesitz wie der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand sind gegen Auktaugung und Bewucherung zu schützen und wie alle schaffenden Berufsstände in ihrer Lebensfähigkeit zu erhalten.“ Eine Partei, die solche Grundsätze vertritt, sei durchaus wachsend. Den Vorwurf, als sei die Deutsche demokratische Partei eine Sammelstelle für das Judentum parierte Redner mit dem Hinweis, daß die Juden heute, wie man an den politischen Umwälzungen sehe, mehr und mehr ins sozialistische und spartakistische Lager abgewandert seien. Die Deutsche demokratische Partei vertrete den Standpunkt, daß Freiheit und Gleichheit allen Ständen, also auch den Juden, zuteil werden müsse. Wenn man der Bürgerpartei auf den Zahn fühle, werde man finden, daß sie nichts anderes sei denn ein Ableger der früheren konservativen Partei. Diese Partei, die eine Vertreterin der großagrarischen Interessen sei, trage in mancherlei Beziehung die Verantwortung an den schlimmen Folgen des Kriegsausgangs und den heutigen Zuständen; er erinnere nur an das frühere preussische Wahlrecht.

Zu den Gemeindeverhältnissen übergehend, besprach Redner die wichtigsten Punkte des neuen Wahlrechts, worüber wir bereits ausführlich berichteten und deshalb glauben, nicht weiter darauf eingehen zu müssen. Wegen Aufstellung eines reinen Partei-Wahlzettels machte er Mitteilung über die im Ausschuss gepflogenen Beratungen. Dieser bringe 23 Namen aus allen Berufsständen der Versammlung in Vorschlag, auf welchem dann 7 zu streichen wären. Die Sozialdemokratie werde zweifellos einen reinen Parteiwahlzettel vorziehen. Erwünscht wäre eine Verständigung; er glaube aber nicht, daß es nach Lage der Dinge soweit kommen werde. In der folgenden Aussprache über diesen Punkt wurde

zunächst angefragt, ob Versuche in der Richtung, einen einzigen gemeinsamen Wahlzettel aufzustellen von der Partei oder von anderen Parteien oder Vereinigungen gemacht worden seien, was verneint wurde, obwohl die deutsche demokratische Partei einer Verständigung nicht abgeneigt wäre. Während der Vorschlag eines gemeinsamen Wahlzettels von weiterer Seite Unterstützung fand, wurde aus Kreisen des Gewerbevereins der Aufstellung eines reinen bürgerlichen Wahlzettels das Wort geredet, weil zweifellos die Sozialdemokratie für sich geschlossen vorgehe. Eine bessere Vertretung der Handwerker, namentlich der Bauhandwerker, wäre erwünscht. Wiederholt kam die Anschauung zum Ausdruck, man könnte sich vielleicht auch noch mit den Arbeitern verständigen, wie dies in Birkensfeld der Fall ist. Auch der Vorsitzende betonte, er stehe auf dem Standpunkt einer Verständigung, er wäre der Letzte, der einer solchen nicht das Wort rede. Die Sozialdemokratie in Birkensfeld habe sich bereit erklärt, eine Verständigung zu suchen; zu einer solchen erkläre er sich jederzeit bereit, doch sollte über den Vorschlag des Ausschusses, der gedruckt vorlag, ebenfalls abgestimmt werden. Aus Frauenkreisen wurde bemängelt, daß unter den Vorgesetzten keine Vertreterin des weiblichen Geschlechts sich finde, die speziell auf dem Gebiete der Lebensmittelförderung in Fragen der Jugendfürsorge, in Schul- und Wohnungsfragen u. a. unbedingt einen tieferen Einblick habe. Demgegenüber wurde betont, daß man deshalb davon abgesehen sei, weil die Gemeinderatsitzungen abends oft 3-4 Stunden währen, also die ungünstigste Zeit für eine Frau, eine Unmasse von Arbeit, oft auch Streitereien bringen, von welchen sich eine Frau kaum angezogen fühlen dürfte im Hinblick auf ihre Aufgaben als Hausfrau. Dagegen sei die Mitwirkung der Frauen in den einzelnen Ausschüssen erwünscht. Von anderer Seite wurde noch bemerkt, daß in Birkensfeld die Frauen ihre Mitwirkung wegen der ungünstigen Zeit rundweg abgelehnt hätten. Das erfolgte Ergebnis der geheimen Abstimmung wurde bekannt gegeben mit dem Hinweis, daß im Falle eines Kompromisses mit anderen Parteien jene Kandidaten, welche die niederste Stimmenzahl erhielten, als Bewerber auszuscheiden hätten. Die Versammlung einigte sich nunmehr dahin, dem Ausschuss Vollmacht zu erteilen, Abmachungen in der Richtung zu treffen, wenn von anderen politischen Parteien oder sonstigen Vereinigungen wegen Aufstellung eines einheitlichen Wahlzettels aller Parteien und Stände an die deutsche demokratische Partei herantreten würde. Hierauf wurde vom Vorsitzenden der offizielle Teil der Versammlung als beendet erklärt.

Neuenbürg, 28. April. Vor einer größeren Zuhörerschaft, Damen und Herren, sprach am Sonntag Abend im Gasthof zur „Sonne“ im neugegründeten Ortsverein der Württ. Bürgerpartei, eingeführt und begrüßt durch Vorstand Daggamer, das Mitglied der Württ. Landesversammlung, Schriftleiter Dr. Beißwänger, über „Politische Gegenwartfragen.“

Ausgehend von persönlichen Erinnerungen über angenehme erlebte Zeiten vor 20 Jahren droben auf den Höhen von Engelsbrunn und Grumbach leitete Redner seinen Vortrag über auf das politische Gebiet, wobei er des Mannes gedachte, dessen Geburtstag auf den 1. April fällt; des ersten deutschen Reichskanzlers Otto v. Bismarck, der, wenn auch dem Leibe nach längst von uns geschieden, mit seinem Geiste immer und heute mehr denn je in uns fortlebe als ein Großer in der Geschichte des deutschen Volkes. Nur ein Mann falle ihm ein, den er mit ihm vergleichen möchte: Dr. Martin Luther. Das Gebiet, auf dem beide wirkten, war verschieden, aber in ihrem Charakter waren die beiden doch einander sehr ähnliche Naturen, vulkanische Naturen, die Feuer und Schläge zugleich auswarfen. Wie beide gemeinsam den Genius des deutschen Volkes verkörperten, so sind sie auf der andern Seite zu einem Marxismus geworden, an dem sich die Geister scheiden. Und doch haben zuletzt Freund und Feind sich nicht verfeindet, diesen Männern ihre volle Bewunderung auszusprechen. Als Bismarck im Februar 1888 im Reichstag das bekannte Wort sprach: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt“, da hat ein englisches Blatt u. a. geschrieben: „Dieser von seinem Volk so sehr geliebte Mann ist der größte Mann auf dem ganzen Erdboden.“ Bismarck war nach Luther des deutschen Volkes größter Held, ein Riese an Leib und Geist, eine Titane an Kraft und Willen und doch mit einem warmen Gemüt, dem Höchsten und Größten entschlossen zugewandt, ein Freund auch des deutschen Waldes, mit dessen Bäumen er oft Zwiegespräche hielt. Man müsse eigentlich die Epoche Bismarcks jetzt heraufstreichen aus der deutschen Geschichte und in die Tage von 1848 zurückkehren. Auch damals hatten wir eine Nationalversammlung mit noch bedeutenderen Männern (auch Uhland gehörte dazu), was er, Redner, nicht von der Mehrzahl der Männer der heutigen Nationalversammlung sagen möchte. Damals sei der nationale Wille zum Wort gekommen, damals seien die Waffen geschmiedet worden, mit denen man hernach das große Werk der Einigung Deutschlands in Angriff nehmen konnte. Schon 1849 habe Bismarck das bekannte Wort gesprochen: „Nicht wahr, wir wollen doch Alle, daß der preussische Adler seine Fittige breitet von der Memel bis zum Donnersberg“ und später: „Meine Herren, arbeiten wir rasch, sehen wir Deutschland in den Sattel.“ Die Jahre 1864, 1866, 1867 und 1870 hätten Bismarck Recht gegeben, daß das nationale Werk nur durch ein starkes Heer in Angriff genommen werden könne. Gewiß, es habe vielleicht größere Diplomaten in der Welt gegeben, aber sicher keinen geschickteren Verwaltungsmann und Nationalökonom und keinen besseren Finanzpolitiker wie Bismarck.

Wir hätten eine neue Verfassung, aber ob dieselbe an die von Bismarck geschaffene heranreicht, müsse erst die Zukunft lehren. Jedenfalls habe Bismarck ein Haus gebaut, das uns beinahe 50 Jahre im Segen des Friedens wohnen ließ. Vor dem Kriege beneidete uns die ganze Welt um unsere staatlichen und sozialen Einrichtungen, nirgends waren

die Arbeiter- und sozialen Verhältnisse besser wie gerade in Deutschland. Wunder von deutscher Wissenschaft und deutscher Technik wurden erzeugt, ebenso eine Verfeinerung der Kultur erreicht. Seit wir eine Republik haben, fühle man nichts von dieser alten Kultur mehr. Die Jugend sei es, welche einen solchen Verfall anzuschau, daß manche Leute sagen, da war es in der alten Zeit doch noch besser. Wir wollen nicht ungerecht sein und fragen, wird auch die deutsche Republik künftig schirmend vor jeder deutschen Pflanze stehen, wird sie deutsche Frauen und Kinder schützen, unsere Städte und Klöster, Städte und Kirchen, deutsche Heimat, unsere Ehre? Denn man müsse auch hier der deutschen Republik Zeit lassen, daß sie zeigen kann; wessen sie fähig sei. Aber die heutigen Zustände seien einfach trostlos. Diese Verdrückung aller stillen Begriffe, diese Verrohung, dieser Zusammenbruch aller Energien, dieser Optimismus, dieser Nachlassen jeglichen Verantwortlichkeitsgefühls und Ernstes, was man nationale Würde heißt! Wir haben schon lange den ersehnten Waffenstillstand, aber ist dieser uns nicht einmüßig mehr zu einem Kreuz als zu einer Erlösung geworden. Als Bismarck 1871 mit der ihm gespendeten goldenen Friedenstafel schrieb, sagte er zu dem Spender, ich kann Ihnen mit Gottes Hilfe versprechen, daß meine Hand diesen Friedenswert nicht rührt und nicht zuläßt, was deutscher Geist und deutschem Geist zuwider ist. Von deutscher Ehre spreche man heute nicht mehr, man spreche nur noch von Brot. Aber wie ist es mit diesem Brot? Mitte März hat der Bischof von Orléans einen Brief an die „Times“ geschrieben, worin er zur Lebensmittellage in Deutschland Stellung nimmt und schreibt: „Es scheint mir, daß wir und unsere Bundesgenossen uns einer Handlung schuldig machen, die in der Geschichte für ewig verurteilt wird. Vier Monate sind vergangen, seitdem der Waffenstillstand unterzeichnet wurde und noch ist nichts getan worden, um die fürchtbare Not zu lindern. Es ist sowohl verbrecherisch als auch unpolitisch, Deutschland bis zur hoffnungslosen Verzweiflung und dem Untergang auszuhungern.“

Und wie sieht es mit unseren Schiffen aus? Jeder Deutsche hatte früher ein Freude daran. Und unter blauen Jungen wurden bei uns im Süden mit warmen Herzen begrüßt, wenn sie auf Urlaub kamen. In der Hauptstadt sieht es mit der Sympathie für diese „blauen Jungen“ anders aus, unsere stolzen Schiffe sind dahin, und in vielen Tagen fährt auch der „Imperator“, das größte und schönste Schiff der deutschen Handelsflotte aus; er wird nicht mehr der deutschen Handelsflotte als die größte Schmach bezeichnet. Heute spricht man nicht mehr von deutscher Schmach angesichts des Verlustes deutscher Schiffe. Und wie ist es mit unseren 800.000 deutschen Kriegsgefangenen? Auch 24.000 Württemberger schmachten noch in Gefangenschaft. Warum sind denn diese Leute entgegen aller Versprechungen nicht dem Vaterland zurückgegeben? Wo wie sieht es erst mit dem Frieden aus? Die Entente hat vier Monate dazu gebraucht, um in Versailles zusammen zu sitzen und zu wärfeln über das Gewand der Gemüter wie die Kriegsschnecke um den Hof des Herrn. Was wird herauskommen? Nach französischer Vorschrift dürfen wir nur mehr 100.000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern halten, Krüger, Schützen- und Turnvereine mit man uns verbieten. Im Grunde genommen sind wir schlimmer daran wie die Preußen nach Jena. In solcher Zeit erwärmt es einem das Herz, wenn 117 Kamerader Hänglinge durch Vermittlung des Königs von Spanien an die Entente die Bitte richten, daß man sie bei Deutschland lasse. Unsere Kolonien sollen der ganzen Welt überlassen sein, sollen internationalisiert werden. Wenn Frankreich ein Teil unserer Kolonien bekommt, wird es seine schwarzen Hilfstruppen noch weiter verstärken. Die deutschen Arbeiter werden bald einsehen müssen, daß das deutsche Volk ohne überseeischen Kolonialbesitz nicht mehr leben kann. Und wie steht es mit der nationalen Verteidigung? Man hat das Wort völlig vergessen und es eingehüllt in ein Traum von dem sogenannten Völkerbund. Auch wir wünschen diesen Völkerbund, wenn er aus einem ehrlichen Herzen kommt, die Völker sich zusammenfinden zu einer Herde und Wölfe der gute Hirte ist. Bis jetzt sieht es aber nicht danach aus. Wilson aber hat dem lieben deutschen Volke gesagt, was Ihr Euer schönes Haus in Trümmer geschlagen, Euer gutes Schwert zerbrochen habt, vor dem die Welt über vier Jahre zitterte, wenn Ihr den verfluchten Hohenzollern zum Leibe gejagt und wenn Ihr vollends die republikanische Staatsform in Euch zum Muster genommen habt, dann laßt mich fehlen. Und das liebe Deutschland hat dem lieben Wilson der bis heute noch keinen Finger rührte, gefolgt und wird immer noch auf den Faustschlag, der es niederstreckt. Selbst Hindenburg, unser getreuer Eckhart, klagt: Kommt, verlaßt noch einmal Haus und Hof und schützt unsere Grenzen! Wo wie sieht es sonst bei uns aus? Die Dänen wollen Schleswig-Holstein, Elbafisch-Bothringen hat man uns genommen, die Franzosen sprechen bereits von der Loslösung des Saargebietes, dessen Eisenerzeugung vor dem Kriege jährlich 1 Millionen Tonnen betrug. Was sollen die Hochländer rechts des Rheins machen, wenn sie die linksrheinischen Erze nicht mehr bekommen? Die jährliche Einfuhr der Strohrohre aus dem Saargebiet nach Württemberg betrug mehr als 600.000, an Eisen mehr als 100.000 Tonnen. Auch rechts des Rheins haben es sich die Franzosen gemutwillig gemacht, im Danauerland, sie haben die Brückendämme in Rehl und Mainz, Koblenz und Köln. Auch der Rhein soll internationalisiert werden. Wenn wir einen Frieden nach dem Wunsche der Entente bekommen, dann wird unser Volk auf Generationen hinaus zu einem Sklavenvolk niederster Sorte herabsinken, Lasten werden uns auferlegt, wie nie einem Lande zuvor, unser Geld wird ins Ausland wandern, um die Granaten zu zahlen, welche die Amerikaner in ihrer schönen Neutralität Engländern und Franzosen lieferten, womit unsere Väter und Söhne zerrissen wurden. Der eigene Staat muß dem Volk Steuern auferlegen, was

je noch
wir nicht
als den
Puffel
auf den
Volk zusam
graf w
Neuer
Gefahr zur
des heiligen
Weghede
Grenzberei
nungung
Ne
in April
lehren. G
ab, heute
sagen sich
Vegetation
einen Umst
Unter
eifriger und
weshalb und
Plan von
langen und
Stutt
schlechte
Jahren u
in Bögen ein
in Mann
funktion a
den. Auf
sammeln
für zur Bes
als übliche
Stutt
Im teilt m
eigen der in
nicht entho
mühl. Kom
unformand
Bach
Anjierung.
Zeit vertea
Sicherheits
abgehalten
der Unabhi
Versammlun
Gien g
Schlechte
Aufgabe h
auch unter
nigiger Sp
ison über 2
Hörz
H. Grelant
zu ein Ste
will mit;
sante eing
zu unsere
rklärung
Bei dem ger
fämter Ver
nurs hiesige
Alfons G
Litter würd
Geldes wied
Donat
Somstag n
von Saig
betraute, lo
peltig verb
betraut mi
mit einer P
Es handelt
Berzehen lä
Ebrar
denjenigen
beitragen, 1
ort 5 Pro.
Eine
wilt du vo
Deutschland
Schlechte od
Er wird un
Sprüche ma
singen werd
Brüder“ u
Frankreich i
nicht uns di
Sitt den B
Rachfuchs
granten.
Papiergeld
werden; so
so weiter ge
oder wenig
schaffen und



die gerade...
ft und...
einigung...
föhle...
gend...
tand...
besser...
die deut...
Ditte...
niere...
und...
en...
sei...
Diese...
ung...
mus...
und...
son...
schon...
is...
gew...
denen...
ich...
and...
aut...
Ehre...
von...
daz...
s...
ung...
ere...
Ban...
die...
Mon...
sch...
dare...
un...
und...
? J...
und...
mit...
der...
en...
nd...
und...
nicht...
die...
L...
und...
mit...
her...
K...
noch...
ge...
ben...
zu...
er...
Was...
h...
in...
er...
we...
sch...
fol...
er...
an...
ch...
über...
reich...
sch...
den...
us...
f...
in...
er...
gen...
und...
und...
an...
sagt...
G...
vier...
um...
he...
lann...
den...
und...
st...
ent...
en...
en...
men...
des...
sch...
Hoch...
sche...
inf...
ber...
o...
T...
in...
kop...
heim...
eben...
wird...
K...
uns...
wird...
die...
Fran...
wur...
legen...

so noch von keinem Volk aufgelegt wurden. Dabei haben wir nichts als Streif und wieder Streif. Man hört nichts als den Namen Spartakus, hört, wie er in Berlin, Bremen, Düsseldorf und auch in Stuttgart Gewalttaten verübt und auf den 2. Mai etwas im Schilde führt. Da müßte das Volk zusammenstehen und der Regierung zurufen: „Landgraf werde hart, werde endlich einmal hart!“
Schluß folgt.

Neuenbürg, 27. April. Bei der gestern abend im Lokal zur „Eintracht“ stattgefundenen Mitgliederversammlung des hiesigen Turnvereins wurde zwei langjährigen verdienten Mitgliedern, Herrn Feig Hahn und Karl Titelius, der Ehrenbrief der deutschen Turnerschaft, unter gleichzeitiger Ernennung zum Ehrenmitglied des Vereins, überreicht.

Neuenbürg, 28. April. Wästen wir nicht, daß wir im April wären, die gegenwärtige Witterung würde es uns lehren. Gestern wechselten Regenschauer mit Sonnenschein ab, heute früh zeigte die Höhe Schnee, der im Tal in Schichten aufliegt. Die Temperatur ist nachst, wodurch die Vegetation ins Stocken gerät. Hoffentlich bringt der Mai einen Umschwung zum Besseren.

Württemberg.

Unterchwandorf, 27. April. Zwischen einem Jagdwächter und zwei Unterchwandorfer Männern gab es Wortwechsel und Kauferei, in deren Verlauf ein verbeirateter Mann von Unterchwandorf namens Ernst Häußler einen langen und Schrot-Streiffuß in das linke Bein davontung.

Stuttgart, 26. April. Die Bildung der Reserve-Sicherheitskompagnien geht im Lande rasch vorwärts. In Ulm und Ulm wurden je zwei Kompagnien aufgestellt, in Jena eine Kompagnie. Die Leute, militärisch ausgebildete Mannschaften, werden eingekleidet, mit Waffen und Munition ausgerüstet und hierauf wieder nach Hause entlassen. Auf Alarm im Falle von Gefahren haben sie sich zu sammeln und sich zu Schutz und Wehr von Haus und Hof zur Verfügung zu stellen; bei Dienstleistungen haben sie ein übliches Taggeld anzusprechen.

Stuttgart, 26. April. Das Gruppenkommando in Ulm teilt mit, daß bei Feldpostsendungen an die Angehörigen der in Bayern stehenden württ. Truppenteile die Anfertigung enthalten muß: Name, Dienstgrad und Truppenteil (einschl. Kompagnie), sowie den Zusatz: „Ueber württ. Gruppenkommando in Ulm a. D.“

Saßnang, 26. April. Ein militärischer Vertreter der Regierung, Hauptmann Lichtenberg, hält hier seit einiger Zeit vertrauliche Besprechungen über die Bildung einer Sicherheitskompanie ab. Man sollte eine größere Versammlung abhalten werden. Dazu hatten sich aber so viele Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie eingeschrieben, daß die Versammlung wieder geschlossen werden mußte.

Ulm a. D., 26. April. Unter dem Namen „Selbsthilfe“ wurde hier eine Volkswehr gegründet, die die Aufgabe hat, Privateigentum und die Stadt, im Notfall aber auch unser Land, vor der bedrohlichen Festschüttung wahnwitziger Sportakisten zu schützen. Die „Selbsthilfe“ zählt schon über 200 Mitglieder.

Baden.

Pforzheim, 26. April. Von gestern auf heute sind 4 Erkrankungen an Typhus gemeldet worden. Es wurde nur ein Sterbefall berichtet. — Das städt. Lebensmittelamt teilt mit: „Da die Typhus-Epidemie und zwingt, die gesamte eingehende Butter für die Kranken auszugeben, haben wir unsere letzten Reserven an Butter für die Bevölkerung ausgegeben als Entschädigung für die Butter. Bei dem geringen Eingang von Butter und Fett ist sparsamer Verbrauch dringend anzuraten. — Aus dem Kontor des hiesigen Kaffeehauses entwendete der 25jährige Metzger Alois Schöninger den Geldbetrag von 12700 Mk. Der Täter wurde festgenommen und ihm der größte Teil des Geldes wieder abgenommen.“

Donauwörth, 25. April. Der Räuber, der am Samstag nachmittag die Lehrerin Fräulein Bong auf dem Wege von Saig nach Lössen niederschlug und ihrer Handtasche beraubte, konnte auf dem Bahnhof dahier von der Sicherheitspolizei verhaftet werden. Bei seiner Verhaftung hatte er bereits wieder ein Mädchen an sich gelockt; er war bewaffnet mit einer Handgranate, einem Revolver und zwei Messern. Es handelt sich um einen recht gefährlichen, wegen anderer Vergehen längst gesuchten Menschen.

Ulm, 25. April. Der Gemeinderat hat beschlossen, denjenigen Personen, die zur Entlohnung der Schleichhändler beitragen, 10 Prozent des Wertes der beschlagnahmten Ware oder 5 Prozent davon in Natura zukommen zu lassen.

Bermischtes.

Eine Anfrage an die Streiklustigen. „Wie willst du vom Ausland Nahrungsmittel erhalten, wenn in Deutschland gestreikt wird?“ Kein auch noch so großer Scheißer oder Volksbeglucker wird dir dies sagen können. Er wird um den Preis herumhampeln und vielleicht große Sprüche machen von „ausländischen Brüdern“, die uns verlegen werden. Wie soll man von diesen „ausländischen Brüdern“ wird, darüber kann dir jeder Gefangene, der in Frankreich saß, das richtige Licht aufsteden. Nicht ein Pfund gibt uns diese Gesellschaft, so wenig, wie die Amerikaner. Seit den Vorgängen in Bayern und seit der Kohlenstreik im Rheinland wieder herrscht, ist der Wert des deutschen Markstüds z. B. in Holland von 50 Pfg. auf fast 20 Pfg. gesunken. Der Holländer, der uns um unser entwertetes Papiergeld frühkartoffeln gibt, muß mit der Laterne gesucht werden; so einen Dummen finden wir nicht. Denn wenn's so weiter geht, bekommt er für die Mark nur noch 10 Pfg. oder weniger. Nein, er will für seine Kartoffeln unsere Kohlen und Automobile, Metallwaren oder Lokomotiven,

also fast lauter Sachen, die gerade bei uns gemacht werden. Wird aber gestreikt, so haben wir nichts einzutauschen und dann heißt es eben wieder weiter hungern. Deshalb: Geh' in dein Geschäft, dann kriegst du zu essen und bringst deinen Zahltag heim.

Ein böser „Reinfall“ ist einem Frankfurter Dampfer passiert. Derselbe ließ sich aus der Triberger Gegend Verschiedenes schinden, oder hais viell-icht peridnlich eingehamtert. Eine Sendung ging verloren oder wurde gestohlen, kurz, sie kam nicht in die Hände des Adressaten in Frankfurt a. M. Aufgefordert, den Schaden aufzustellen, liquidierte der „bescheidene“ Geschäftsmann bei dem betreffenden Stationsamt für Ochsenfleisch 8 Mark, für Speck 25 Mark pro Pfund und für Rirschenwasser — es sollen 3 Flaschen gewesen sein — nur 40 Mark für jede Flasche. Der „Frankfurter“ hat aber die Rechnung ohne den Wirt, das heißt das Stationsamt gemacht. Dieses sandte die Schadenersatzforderung an den zuständigen Kommunalverband zur Begutachtung bezw. Festsetzung der Höchstpreise. Der Kommunalverband aber gab die Sache weiter an das Landeswucheramt. Das Nachspiel wird dem „Frankfurter“ wohl wenig Vergnügen bereiten.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 26. April. Die „Verfassungsurkunde des freien Volksstaats Württemberg“ ist von der Landesversammlung in 3. Lesung angenommen worden. Von den 150 Abgeordneten waren 137 zugegen, 128 stimmten dafür, 9 nämlich die Mitglieder der U.S.P. und 6 Mitglieder der Bürgerpartei, dagegen.

Paris, 28. April. Nach dem „Lyoner Progrès“ besteht die neugebildete französische Besatzungsarmee in Deutschland aus 250000 Mann, die britische Armee wird 200000 Mann umfassen, sodas zusammen mit der amerikanischen Armee die Alliierten 750000 Mann gegen deutsche Bedrohung (!) bereit haben.

Hamburg, 26. April. Letzte Nacht wurde die Neustadt durch Drahtverhaue und eine Postenkette von 1500 Mann gesperrt. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen und viele Waffen, Munition und gestohlene Sachen beschlagnahmt. Ein aus 8 Fahrzeugen bestehendes Torpedobootsgeschwader, das zur Bewachung des Hafens eingetroffen war, ist morgens wieder abgedampft.

Hindenburg, 27. April. Die staatliche Bergwerksdirektion gibt bekannt: Gemäß Beschluß der obersteleischen Kohlenkonvention vom 1. April 1919 teilt eine Preissteigerung von 12 Mark für die Tonne Steinkohlen und von 14 Mark für die Tonne Steinkohlenbriketts ein. Damit erhöhen sich die seit 1. Januar geltenden Preise für Steinkohlen und Steinkohlenbriketts mit Wirkung vom 1. April 1919 ab einschließlich der Kohlenumsatzsteuer um 14.50 bzw. 16 Mark für die Tonne.

Agram, 27. April. Das englische Bataillon, das der internationalen Besatzung von Fiume angehört, ist abmarschiert. Man glaubt, daß eine Volksabstimmung über Fiume entscheiden wird.

Basel, 26. April. Die Schweizer Regierung hat längs der ganzen Bodenseegrenze gegen Bayern Absperrungsmaßnahmen getroffen, um im Falle des Sturzes der Münchener Räteregierung ein Uebertreten der Münchener Kommunistenführer auf schweizerisches Staatsgebiet zu verhindern.

Bern, 28. April. Der „Matin“ veröffentlicht in Ergänzung der Ausführungen Fochs im Ministerrat die Auffassung des alliierten Oberkommandos über das Regiment auf dem linken Rheinufer. Danach muß Frankreich sich gegen die Wiederkehr von neuen Angriffen schützen und muß sich bis zum letzten Centime bezahlen lassen. Solange müsse das linke Rheinufer besetzt bleiben. Dabe Deutschland soll bezahlt, so sollten die Alliierten beschließen, ob das Besatzungsheer vermindert beibehalten oder aufgehoben werden solle. Der Militärdienst werde in Frankreich auf ein Jahr festgesetzt und 10000 Franzosen würden in den rheinischen Bezirken in den wundervollen deutschen Kasernen liegen.

Paris, 28. April. Im Ministerium des Auswärtigen ist am Samstag das erste direkt von Deutschland an Frankreich gerichtete Dokument seit 1914 eingetroffen. Es handelt sich hierbei um ein deutsches Schriftstück, das von dem Führer der ersten Staffel der deutschen Delegation ausgeht und sich auf die Bewegungsfreiheit der deutschen Delegierten bezieht.

Paris, 26. April. Der „Matin“ berichtet, daß auch Japan sich von der Konferenz zurückziehen werde, wenn seinen Wünschen nicht entsprochen werden sollte. Japan glaube, falls der Grundfah von der Gleichberechtigung der Rassen nicht in die Völker-Charta aufgenommen werde, dem Völkerbund nicht beitreten zu können. — Der Washingtoner Vertreter des „Echo de Paris“ meldet, die amerikanische Regierung wolle verhindern, daß Japan im Besitz von Kiautschou bleibe.

Paris, 26. April. Das „Echo de Paris“ bestätigt, daß die Konferenz von Versailles alsbald nach der Ankunft der deutschen Bevollmächtigten beginnen wird. Man werde innerhalb 48 Stunden wissen, ob die Deutschen unterzeichnen oder nicht.

Rom, 27. April. Orlando ist hier aus Paris eingetroffen und begeistert empfangen worden. Er begab sich nach dem Quirinal, wo große Kundgebungen stattfanden. In einer Rede hielt Orlando den italienischen Standpunkt bezüglich Fiume aufrecht. Seine Worte wurden mit stürmischer Begeisterung aufgenommen.

Aus Bayern.

Stuttgart, 26. April. Das Kriegsministerium teilt mit: Die Lage bei den in Bayern verwendeten württembergischen Truppen ist unverändert. Den Oberbefehl über sämtliche Truppen, die gegen die Sportakisten in München operieren, hat im Einverständnis mit der württembergischen und bayerischen Regierung der Reichswehrminister Roste

übernommen. Ueber München liegt folgende Nachricht vor: Die Stärke der Roten Armee wird auf 30000 bis 60000 Mann geschätzt, von denen die Mehrzahl nur als Miläuser anzusehen sind. Die hohe Zahl der Miläuser erklärt sich dadurch, daß die Erwerbslosenunterstützung von der Sportakistenregierung nur an waffentragende Anhänger ausgegeben wird. Die Zahl der kampfoerwendungsfähigen Truppen wird auf 12000 Mann bei den Sportakisten geschätzt.

Die Freim. Abt. Haas meldet: Teile der württ. Freiwilligen-Abteilung Haas stehen in Bayern im Kampf. Die Annahme zu den bekannten Bedingungen in München erleidet dadurch keine Unterbrechung. Meldungen sind erwünscht.

Augsburg, 26. April. Der militärische Tagesbericht vom 25. April meldet: Keine besonderen Ereignisse. Mit dem Abtransport der württembergischen Truppen wurde begonnen. Es bleiben in Augsburg bis zur Uebernahme der Sicherung durch verlässliche Stadtvolkswache so viele Regierungstruppen zurück, daß die Ruhe der Stadt unbedingt gesichert ist. Nach Meldungen aus Fürstfeld-Brud haben die Sportakisten dort verbreitet, daß die Regierungstruppen in Augsburg furchtbar gehaust, geraubt und geplündert und 90 Personen den Kopf abgeschritten hätten. Die Augsburger Bevölkerung kann an Hand der bisherigen Ereignisse die Unrichtigkeit und Gemeinheit dieser Lügen feststellen.

Nürnberg, 26. April. Der hiesige Kommunistenführer Albert Schmidt wurde vergangene Nacht, als er mit mehreren Genossen seiner Verhaftung tätlichen Widerstand entgegensetzte, von Regierungstruppen in der Notwehr erschossen.

Um die deutschen Kolonien.

Berlin, 27. April. Im Palasttheater, in dem heute eine Protestversammlung gegen die Zerstückelung Deutschlands stattfand, kam der Generalsekretär der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Maximilian Pfeiffer, a. a. auch auf die Kolonien zu sprechen. Er wandte sich unter dem stürmischen Beifall der Versammlung gegen die Annerionsgelüste der Entente auf unsere Kolonien. Wir hätten ein Anrecht auf unsere Kolonien durch die Arbeit, die in 40 Jahren dort von uns geleistet wurde. Die Erhaltung deutschen Kolonialbesitzes sei für uns ein Ehrenpunkt. So gut wie Frankreich und England, Portugal und Belgien habe auch das deutsche Volk ein Recht darauf, für deutsche Arbeit, deutsche Wirtschaft und deutsche Kultur ein eigenes Betätigungsfeld über See zu haben und unseren Nachkommen seien wir es schuldig, diese gerechte Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu vertreten.

Paris, 28. April. Japans Rechte auf Kiautschou sollen im Friedensvertrag festgelegt werden. Dabei wird Japan die Verpflichtung auferlegt, Kiautschou an China abzugeben. In der Frage von Schantung kam es zu einem Kompromiß. Strittig ist nur noch die Frage des japanischen Antrags auf Gleichberechtigung der Rassen. Der amerikanische, der britische, französische und der japanische Minister des Auswärtigen beschloßen grundsätzlich, daß Deutschland alle seine Kolonien abgeben müsse. In der Frage des Luftverkehrs wurde beschlossen, daß die alliierten Flieger bei Gewährung von Gegenseitigkeit das Recht haben sollen, deutsches Gebiet zu überfliegen.

Paris, 28. April. Die alliierten und associierten Regierungen haben beschlossen, provisorisch in die Friedenspräliminarien nur die Bestimmung aufzunehmen, daß Deutschland auf seine früheren Kolonien verzichtet. Die Frage der Verteilung und der Bestimmung der Kolonien solle den weiteren Beratungen vorbehalten bleiben.

Die italienische Demobilisierung unterbrochen.

Zürich, 26. April. Nach einem Mailänder Telegramm melden „Secolo“ und „Corriere della Sera“ aus Rom, daß die Fortsetzung der Entlassung und Beurteilungen aus dem Heeresverband des italienischen Frontheeres und der italienischen Marine eingestellt worden ist.

Zürich, 26. April. Die neubegonnene militärische Absperrung der italienischen Grenze läßt, wie schweizerische Blätter melden, militärische Sicherungsmaßnahmen Italiens in der Fiumefrage als wahrscheinlich annehmen.

Der heutigen Gesamtauflage liegt eine Sonderbeilage der Deutschen Demokratischen Partei bei, betr. Demokratie und Mittelstand.



~~~~~  
An die Hh. Geistlichen u. Kirchengemeinderäte!  
Für die  
Wahlen zur Landeskirchenversammlung  
erbitet sich Bestellungen auf  
Stimmzettel und Bewerberlisten  
C. Meek'sche Buchdruckerei :: Inh. D. Strom.  
~~~~~



Oberamt Neuenbürg. Ernteflächenerhebung 1919.

I. In der Zeit vom 5. bis 31. Mai 1919 hat nach den Vorschriften der Verordnung des Reichsernährungsministers vom 2. März 1919 über eine Anbau- und Ernteflächenerhebung im Jahr 1919 (Reichsgesetzbl. S. 269) und der Verfügung des Ernährungsministeriums und des Finanzministeriums vom 12. April 1919 (St. A. Nr. 84) eine Anbau- und Ernteflächenerhebung stattzufinden.

II. Die Ausführung der Erhebung liegt den Ortsvorstehern in Verbindung mit den zu diesem Zwecke bestellten Sachverständigen oder Vertrauensleuten (Zählern) ob. Zuständig ist in Württemberg — abweichend von § 5 der Verordnung des Reichsernährungsministers — der Ortsvorsteher des Betriebes des Grundstücksinhabers, und zwar auch für die außerhalb der eigenen Gemeindegemarkung gelegenen Grundstücke (§ 3 Abs. 2 der Min. Verf.).

III. Die (Stadt-)Schultheißenämter werden auf die eingangs genannten Vorschriften zur sorgfältigen Beachtung hingewiesen und beauftragt, sie, soweit erforderlich, örtlich bekannt zu machen.

IV. Die Erhebung der Ernteflächen erfolgt nach Wahl des Ortsvorstehers entweder durch Ortslisten oder durch Fragebogen (§ 4 Abs. 2 der Min. Verf.).

Falls die Aufnahme durch Fragebogen vorgenommen wird, hat dies der Ortsvorsteher umgehend unter Angabe der Zahl der benötigten Fragebogen schriftlich oder mündlich dem Statistischen Landesamt in Stuttgart, Büchsenstraße 52 (Telefonnummer 3271/72) anzuzeigen.

Die zur Durchführung der Erhebung nötigen Ortslistenvordrucke und die etwa bestellten Fragebogen werden den Ortsvorstehern durch Vermittlung des Oberamts zugehen. Den 22. April 1919. Reg.-Assessor Killing.

Oberamt Neuenbürg. Schlachtfliegen.

Die Fleischverorgungsstelle hat durch Verfügung vom 12. April 1919 (Staatsanzeiger Nr. 83) die Höchstpreise für Schlachtfliegen sowie die Einbeziehung der Schlachtfliegen in die Verbrauchsregelung aufgehoben.

Der Verkehr mit Schlachtfliegen unterliegt aber insofern noch einer Beschränkung, als diese gegen Entgelt nur an die im Besitz eines oberamtlichen Auktionsmeisters befindlichen Händler, auf öffentlichen Märkten und an Verbraucher, die in derselben Gemeinde wohnen, verkauft werden dürfen.

Das Feilbieten von lebenden und toten Schlachtfliegen und das Auffuchen von Bestellungen auf solche von Haus zu Haus oder von Ort zu Ort ist verboten. Den 24. April 1919. Killing, Reg.-Assessor.

Oberamt Neuenbürg. Schlachtviehaufbringung.

In den Kreisen der Landwirte scheint vielfach die Ansicht zu bestehen, daß die Schlachtviehaufbringung seit Beendigung des Krieges eine freiwillige sei und daß demzufolge kein Landwirt Veranlassung habe, mehr Schlachtvieh abzugeben, als er gewillt sei.

Diese Auffassung ist falsch. Es bestehen nach wie vor die Bestimmungen über die zwangsweise Inanspruchnahme von Schlachtvieh, wie sie in der Verfügung der Fleischverorgungsstelle betreffend Viehaufbringung vom 21. November 1917 niedergelegt sind.

Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß die den einzelnen Gemeinden zur Lieferung aufzulegenden Schlachtviehmengen unter allen Umständen aufgebracht werden müssen und daß für den Fall der Nichtlieferung auf die zwangsweise Inanspruchnahme zurückgegriffen wird, was für die säumigen Viehhalter erhebliche Kosten zur Folge hat. Den 24. April 1919. Killing, Reg.-Assessor.

Neuenbürg.

Die Aufnahme neuer Kinder in die hiesige Kinderpflege

findet Freitag, den 2. Mai, vormittags 10 Uhr, statt. Die Aufzunehmenden müssen das 3. Lebensjahr vollendet haben.

Monatliche Pflegegebühre 50 Pfg. (für Geschwister Ermäßigung.)
Den 25. April 1919. Ev. Stadtpfarramt:
Uhl.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Wegen besonderer Verhältnisse können in der nächsten Woche vom 28. April bis 3. Mai

Zahlungen an die Stadtpflege

nur nachmittags von 5 bis 7 Uhr geleistet werden. Den 24. April 1919. Stadtschultheißenamt:
Knodel.

Bitte ausschneiden!

Grundbesitzer, Landwirte, Geflügelhalter, Schweinezüchter usw. können wieder den benötigten

futterkalk „Marke Schnellmaß“ aus Thüringen

haben. Rein Futter darf ohne Beigabe von Futterkalk verabfolgt werden für Kühe, Kinder, Kälber, Pferde, Ziegen, Schweine, Ferkel, Hühner und Kaninchen.

1 Kiste mit 100 Pfd. Paketen gegen Nachnahme zu 50 Mk. Kiste wird nicht berechnet, jedoch Fracht.
1 Probepaket 1 Pfd. durch Voreinsendung von 1.30 Mk. durch Vertreter Arthur Fischer, Pforzheim, Wimpfenstraße 7 a, zu beziehen. — Gebrauchsanweisung liegt bei.

Sozialdemokrat. Verein Neuenbürg

Heute Montag, präzis $\frac{1}{8}$ Uhr abends beginnend, findet in der Restauration Christian Kiefer (Kaisers Bierdepot) eine

außerordentliche Mitglieder-Versammlung

statt.

- Tages-Ordnung:**
1. Rathausbericht.
 2. Stellungnahme zur Gemeinderatswahl.

Dierzu werden sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, welche das 20. Lebensjahr zurückgelegt haben, sowie uns politisch Nahestehende, insbesondere die Mitglieder des Deutschen Metzarbeiterverbandes, des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Evangelischen Arbeitervereins Neuenbürg freundlichst eingeladen.

Keiner darf fehlen! Wer nicht erscheint, schadet der guten Sache und sich selbst.

Der Vorstand.

Geschäfts-Empfehlung.

Der verehrl. Einwohnerschaft in Calmbach und Umgebung mache ich hiermit die ergebenste Mitteilung, daß ich mein elterliches Geschäft

Gasthof zum „goldenen Anker“

ab 1. Mai übernehmen werde.

Es wird stets mein eifriges Bestreben sein, meine werten Gäste mit nur reellen Weinen, gutem Bier aus der Brauerei Walle und vorzüglich zubereiteten Speisen zu bedienen. Gleichzeitig bringe ich meinen Saal und Nebenzimmer in empfehlende Erinnerung.

Richard Barth, Koch.

Bekanntmachung.

Durch verschiedene Vorkommnisse veranlaßt, machen wir bekannt, daß unsere Beamten und Monteure mit Ausweisen versehen sind, welche vor Betreten einer Anlage auf Verlangen des Inhabers der letzteren vorgezeigt werden müssen. Wir warnen unsere Abnehmer in ihrem eigenen Interesse davor, Personen ohne Ausweis Zutritt zu ihrer elektrischen Anlage zu geben.

Gemeindeverband Elektrizitätswerk Leinach-Station, Station Linach.

Fritz Hoffmann, Schweineverand, Fellbach, Telephon 141.



Fortwährend großer Bestand in
erstklassigen Einstellschweinen.

Verand innerhalb Württembergs und Hohenzollerns.

Uricil als Heilmittel bei Rheuma und Gelenkschmerzen, Herzschwäche, Nervenbeschwerden. Preis 3.25 Mk. Wo Verkaufsstelle, nicht am Platz, werde man sich an die chemische Fabrik W. Phil. Schneider, Pforzheim i. B. Verand gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung.

Suche:

3-4 gut legende Landhühner, 1918 oder 1917er Brut, sowie eine gut legende Zuchtente. Zahl gute Preise. Ferner 1-2 gute bis 200 Ltr. haltende Weine oder Mostkasser.

Ernst Müller, Neuenbürg, Windhof.

Dieselbst 1 Landgans und 1 Gänserich, 1917er, abzugeben.

Gebrauchte

Schreibmaschine

mit sichb. Schrift zu kaufen gesucht. Angebote m. Angabe des Fabrikats und Preises erbeten unter Nr. 475 an die Expedition des Blattes.

Schleifer oder Hilfsarbeiter

zum Einlernen sucht

fr. Waldbauer,
Neuenbürg.

2-3 gute Milchziegen

sofort zu kaufen gesucht.
Angebote an
Hotel Klumpp,
Wildbad, Telefon 1.

Dresdner Bank

Aktienkapital und Reserven
M 340 Millionen
Stuttgart · Cannstatt
Heilbronn · Ulm

Gewerbeverein Neuenbürg

Montag, den 28. ds. Mts., abends 8 Uhr,
findet im Lokal Red eine

Wähler-Versammlung

zu der bevorstehenden Gemeinderatswahl statt. Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird erbeten, auch laden wir Wähler und Wählerinnen, die Nichtmitglieder sind, aber Gönner unserer Sache, freundlichst ein.

Forstamt Wildbad. Eichen- und Kiefer- Holzverkauf

am Samstag, den 10. Mai 1919, vorm. $\frac{1}{10}$ Uhr, im „Jägerställe“ in Wildbad aus Staatswald l. 21 Paulsenhöhe, 90 Bord. Pflanzl. 93 Kollwasserhof, 95 Mittl. Speckenteich, 96 Hnt. Speckenteich, 116 Mittl. Guftrich, 122 Unt. Obitergrund: 28 Eichen mit zusammen Fm.: 1,52 Mb, 2,99 Iv., 5,55 V., 0,71 Vl. Kl.; 2 Linden mit Fm.: 0,50 V. Kl.; 7 eichene Derbstangen l.-III. Kl.; ferner Km. 1 eichene Ausschlag Scheiter und 60 Km. eich. Anbruch öffentlich zum Verkauf. Losverzeichnisse sind vom Forstamt erhältlich.

Oberamtsstadt Neuenbürg. Butter-Verkauf

am Dienstag, den 29. April, 8 Uhr vorm. für Nr. 248 bis 375, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr für Nr. 376 bis 500, 9 Uhr für Nr. 501 bis etwa Nr. 520.

Städt. Lebensmittelstelle
J. A. Kienzle.

Pferde-Verkauf.



Infolge Anschaffung eines Kraftwagens verkaufe ich 2 Pferde, unter vier die Wahl.

R. Kaiser, Neuenbürg.

Neuenbürg. Dem Unterzeichneten sind noch einige Wagen

Kleefamen- und Futter-Stroh

angeboten. Etwaige Bestellungen wollen bis Mittwoch abend gemacht werden.

K. Schumacher.

Röblistertes Zimmer

auf 1. Mai zu vermieten
Eugen Mahler.

Neusag. Sehe ein schönes Läuferschwein,

zur Zucht geeignet, dem Verkauf aus

Christian Günther,
Schumacher.

Zu verkaufen einige gebrauchte Ziehharmonikas

in der Ziehharmonika-Schule und -Anstalt
Gebrüder Hohnloser,
Pforzheim, Bergstraße 27.

Freiwill. Feuerweh- Neuenbürg. Übung des I. Zugs

am Samstag, den 3. ds. Mts., abends $\frac{1}{17}$ Uhr.
Präzises und zahlreiches Erscheinen.
Das Kommando.

Frauen u. Mädchen

sucht
Friedr. Waldbauer
Neuenbürg.

Neuenbürg. Eine große, schöne Leder-Tasche

mit Klemmen, für Händler geeignet, ist zu verkaufen
Wildbaberstr. 18

Zwei tüchtige Bollgatterjäger

können sofort eintreten in
Gg. Gengenbach
Sägerweh.

Für einen 5 Jahre Knaben wird auf dem Pflege gesucht.

am liebsten wo noch
Kinder sind.

Angebote mit Preis
Nr. 31 an die Geschäfts-
stelle des Erzstellers.

Bleichsucht, Weiß- flechte, Hauterkrankungen behand. H. Maier, Pforzheim, Natterstraße 11.

Sprechstunden:
Montag, Mittwoch u.
vorm. 10-11 u. nachm. 4-5

Prima Schuhneße

das Grob zu Markt
bis
bis.

Günstig für Weber
Probieren nur gegen
H. Köpfe, Stuttgart,
Hohenheimerstraße 11.

Vogelfutter

Mischung für Kanarienvogel in
Mark 1.— verkauft gegen
Stempelabgabe von 5 Pfg.
Gebr. Hambrecht, Pforzheim,
Freiburg i. B., b. Pflanzl.

Schlemmischmirg

Schmirgelpapier, Schleif-
la. Qualität, alle Sorten
und Schleifsteine, Carborand
für Schleifmaschinen,
Verlänger. Bll. Preise, gelin-
de, 3. Feld, Baden.

